

Protokoll zur Sitzung des Studierendenparlamentes vom 2011-10-25

1) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Es sind zu Beginn 18 Abgeordnete anwesend. Das Studierendenparlament ist beschlussfähig. Es folgen verspätet 4 weitere Abgeordnete. Protokollführung: Benjamin A. Stahl.

Anwesend:

BEAT: Susanne Eckler, Vicky Kindl, Juliane Lehmann, Nadja Stangl. Linke.SDS: Juliane Tietz, David Noack, Christoph Kühnl. GAL: Franziska Neuhäuser, Björn Ruberg, Roy Kreuzer, Jakob Mahran Weißinger, Svetlana Lammok. Grüner Campus: Adris Weis, Hartmut Phieler. Jusos: Nadine Lilienthal, Patrick Gumprich, David Kolesnyk, Steve Kenner, Christian Gammelin. LHG: Benjamin A. Stahl. shineUP: Friederike Lenz, Friederike Jatzen. AStA: Pierre Vicky Sonkeng Tegouffo, Alexander Gayko, Daniel Sittler, Franz-Daniel Zimmermann, Steffen Brumme, Roland Gehrman, Benjamin Mosebach, Claudia Fortunato, Annabel Ertel, Stefan Schmidtke, Anneka Cooke, Ansgar Seng. Gäste: Matthias Vernicke, Martin Schindler.

Unentschuldigt abwesend:

BEAT: Nadja Stangl. GAL: Daniela Kirchner, Marie Schäffer. RCDS: Marius Amfelder, Norman Siewert. AStA: Jan Eckhoff, Sebastian Geschonke, Ribana Bergmann, Susanne Lüthmann, Maimouna Outtara.

Entschuldigt abwesend:

Grüner Campus: Christin Wiech

2) Beschluss / Änderung der Tagesordnung

Das Präsidium schlägt vor, die Rechenschaftsberichte der AStA-Referenten als Punkt 6 in die TO einzufügen und die nachfolgenden Punkte ab der Wahl eines Präsidiumsmitgliedes je um eins zu verschieben.

Abstimmung über die so geänderte TO: 17-0-1 (angenommen)

3) Beschluss des Sitzungsprotokolls vom 27.09.2011

Es wird angemerkt, dass Adris Weiss in der Sitzung nicht anwesend war, obwohl sie im Protokoll steht. Das Präsidium veranlasst die Streichung an dem Protokoll.

Abstimmung über das so geänderte Protokoll: 16-0-2

4) Gäste

Kein Gast wünscht das Wort.

5a) Berichte aus dem StuPa-Präsidium

Die Rücktritte und Nachrücker seit letzter Sitzung vom 27.09.2011 werden bekannt gegeben:

Rücktritte

Linke.SDS: Nadine Tabat, Daniel Förster, Adre Daniel Schorr, Eca Garbysiak, Patricia Bednasch, Lan Loheit, Linda Burmann, Dominic Petrick, Robin Förster, Johannes Wutzke, Dennis Simon. GAL: Jonathan Metz. Jusos: Juliane Meyer. ShineUP: Katja Klebig.

Nachrücker

Linke.SDS: David Noack, Christoph Kühnl. GAL: Svetlana Lammok. Jusos: Christian Gammel. ShineUP: Friederike Jantzen.

5b) Berichte aus anderen Gremien

Es wurde eine Anfrage vom Präsidium und vom AStA zu Nachschreiberegungen bei Klausuren gestellt. Bislang ist keine Rückmeldung der Universitätsleitung erfolgt. Ein erneutes Schreiben ist aufzusetzen und der Leistung zuzustellen.

6) RSB aus dem AStA

Die RSB lagen schriftlich der Sitzungseinladung bei. Es folgt eine kurze Diskussion zur einzelnen Themenfeldern:

Jakob Weißinger: An das Referat für Ausländische Studierende: Es gab eine Fahrt zum Panafrikanischen Kongress in München. Gibt es eine konkrete Einbringung für die Studierenden?

Claudia Fortunato: Es gibt bislang nur allgemeine Infos die in Veranstaltungsreihen der Universität eingearbeitet werden.

Jakob Weißinger: Die Finanzierung der Klausurtagung vom 29.09 bis 04.10 wurde erst nach der Tagung beschlossen. Wie kam es dazu?

Steffen Brumme: Eine nachträgliche Finanzierung war notwendig, aufgrund eines noch fehlenden Beschluss des AStA. Dieser hatte jedoch im Vorfeld mündlich sein Wohlwollen bekundet.

Patrick Gumprich: An das Referat für Hochschulpolitik: Mahnt Anstrengungen des AStA bei der Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes an.

Roland Gehrman: Die Akteure der Novellierung zeigen sich sehr distanziert; Es wurde ein Schreiben mit Fragen an das Ministerium aufgesetzt; Eine Reaktion fehlt bislang. Das Ziel des AStA ist hier die Offenlegung der Entscheidungsprozesse um Möglichkeiten der Einflussnahme und einer eventuellen Klage zu wahren.

Patrick Gumprich: An den AStA allgemein: Gibt es Informationen über weitere Entwicklungen von den Mitgliedern der Hochschulstrukturkommission?

Steffen Brumme: Wir waren in einer Vorbereitungsgruppe als Vertreter der Studierendenschaft eingeladen, haben diese Einladung aber aus Protest nicht wahrgenommen. Im November ist ein erneutes Treffen mit der Kommission geplant, dessen Nutzen aber vom AStA in Frage gestellt wird.

Roland Gehrman:

Frau Prof. Kunst versucht hier als Wissenschaftsministerin die Tagesordnung vorzugeben, wogegen die BrandStuVe protestiert. Es sind jedoch insgesamt nur wenige Möglichkeiten der Einflussnahme erkennbar. Der Stand der Verhandlungen scheinen Kürzungen in einer Höhe von 12 Mio. Euro zu sein.

Roy Kreuzer: An den AStA allgemein: Was waren weitere konkrete Ergebnisse der Klausurtagung neben der Gewährung von Geldern für befreundete Projekte / Studierendenschaften im süddeutschen Raum?

Daniel Sittler: Die Tagung war sehr angenehm; Der AStA hat sich viel vorgenommen und ist personell und strukturell gut aufgestellt. Es wurde eine Reihe von Arbeitsabsprachen getroffen. Ein Ziel liegt auch in der Initiativunterstützung von Projekten für Studierendenschaften, die über keine geordnete Selbstverwaltung verfügen.

Benjamin Mosebach: Die Asten in Baden-Württemberg und Bayern sind keine anerkannten Studierendenschaften, ihre Selbstorganisation ist jedoch dringend erforderlich. Diese zu unterstützen ist eine lange Tradition und soll weiter betrieben werden. Konkret etwa durch die Finanzierung von Bildungsstreikes.

Steffen Brumme: Warum stellt die GAL als grüne Liste eine Frage, die diese Tradition in Frage stellt?

Roy Kreuzer: Weil juristisch die Möglichkeit der Veruntreuung studentischer Gelder im Raum steht. Die Nachfrage an den AStA soll hier Klarheit für die weitere Kontrolle des StuPas über den AStA schaffen.

Susanne Lümann: Verweist auf das Brandenburgische Landeshochschulgesetz und die überregionale Vernetzung als Aufgabe der Studierendenschaft seit nunmehr 20 Jahren.

Daniel Sittler: Das Klatschen im Plenum sollte hier als klares Statement für die Vernetzung gewertet werden.

Roland Gehrman: Solidarität stellt keine Veruntreuung dar, sondern sie beruht auf der Zerschlagung der verfassten Studierendenschaften in Süddeutschland in den 70er Jahren. Hier wird auch von uns Aufbauarbeit geleistet.

Patrick Gumprich: Bitte an den AStA, sich mit der Hochschulkommission zusammenzusetzen und hier Einfluss auf die Vertreter der juristischen Fakultät zu nehmen. Die Professoren streiten hier über die Frage, ob die Juristen in Potsdam weiter ausgebildet werden sollen oder ob die juristische Lehre an andere Brandenburger Universitäten ausgelagert werden kann. Maßgeblich scheinen hier persönliche Differenzen der Professoren untereinander zu sein.

Franziska Neuhäuser: Der Stand der Dinge scheint hier zu sein, dass die Juristen im Falle von Kürzungen, neben anderen Fachbereichen, als erstes streichbar wären. Die anderen Fakultäten zeigen sich hier aber zumindest fakultätsintern solidarisch, entgegen der Juristen.

Roland Gehrman: Eine Zusammenlegung bei den Juristen in Frankfurt/Oder und Potsdam ist für den AStA nicht akzeptabel.

Steffen Brumme: Die betroffenen Universitäten sollten sich hier insgesamt solidarisch verhalten, damit sie nicht gegeneinander ausspielbar sind. Das betrifft insbesondere die Solidarität Potsdams mit den kleineren Universitäten und Frankfurt/Oder und Cottbus.

Steve Kenner: An den AStA allgemein: Haben sich die sozialen Bewegungen der vergangenen Wochen [Occupy] in irgendeiner Weise an der Universität Potsdam gezeigt?

Daniel Sittler: Nein, es gibt hier bislang keine Anfragen. Diese Bewegung ist für einen linken AStA jedoch unterstützenswert. Der AStA verfügt daneben bereits über eine Reihe von Kooperationen mit verschiedenen sozialen Partnern.

Steve Kenner: Der Kontakt sollte hier bewusst vom AStA gesucht werden. Andere Universitäten zeigen bereits erste Ansätze zur nationalen/internationalen Vernetzung.

Patrick Gumprich: An das Referat für Campuspolitik: Einige Studierende des Sachunterrichts haben akut Probleme, da Dozentenverträge nicht verlängert werden: Sebastian solle hier aktiv werden.

Benjamin Mosebach: Erste Gespräche mit Betroffenen wurden bereits geführt. Rückmeldungen stehen jedoch noch aus.

Jakob Weißinger: Möchte noch einmal zur Thematik der Unterstützung von Studierendenschaften in Süddeutschland zurück. Hier ist ein Unterschied zu machen zwischen konkreten Projekten, die die Bildung einer verfassten Studierendenschaft zum Ziel haben und allgemeinen Projekten / Veranstaltungen, bei denen dieses Ziel nicht unmittelbar erkennbar ist.

Björn Ruberg: Ergänzt, dass der Begriff der Vernetzung hoch umstritten ist. Sieht etwa Vorlesungsreihen und Filmveranstaltungen an anderen Universitäten vom Auftrag aus dem brandenburgischen Hochschulgesetz nicht erfasst.

Daniel Sittler: Der konkret aus Nürnberg vorliegende Antrag auf Unterstützung erfüllt exakt die von Jakob gegebene Voraussetzung. Die beantragten Gelder dienen einer Bildungstreikdemonstration und haben das Ziel eine verfasste Studierendenschaft zu bilden.

Steffen Brumme: Dies sind auch die klassischen Anträge, wie sie beim AStA eingehen: Treffen und Demonstrationen aus dem Süden, um Strukturen zu schaffen.

7. Wahl eines Mitgliedes des StuPa-Präsidiums

Die schriftliche Bewerbung von David Kolesnyk liegt dem Gremium in der Sitzungseinladung vor. Es folgen eine kurze persönliche Vorstellung und die Abstimmung:

Ergebnis 15-1-2 (gewählt)

Zum Zeitpunkt der Wahl sind 19 Abgeordnete anwesend. Zu den 18 erfassten Stimmen kommt eine ungültige Stimme hinzu.

8. Wahl zur Sozialfondskommission

Es sind zwei Mitglieder für die Sozialfondskommission zu wählen. Dem Gremium liegen sechs Bewerbungen, welche in Nachtrag zur Sitzung abgedruckt wurden. Von den Bewerbern sind vier anwesend. Sven Mittl fehlt aus persönlichen Gründen entschuldigt; Christoph Mokwa fehlt unentschuldigt.

Abstimmung

Martin Schindler	Francis Donfack	Frank Schwochow	Abdel Amine Mohammed	Christoph Mokwa	Sven Mittl
6	12	2	13	4	0
		-		-	
7	11	-	12	-	6

Anmerkung der Redaktion: Die drei Zeilen entsprechen den drei Wahlgängen, die angegebenen Zahlen den erreichten Stimmen im jeweiligen Wahlgang. Der zweite Wahlgang wurde auf Vorschlag des Präsidiums und ohne Gegenrede übergangen. Über die einwandfreie Vorgehensweise beim dritten Wahlgang herrschen Zweifel, da es an einer konkreten Regelung fehlt.

Auf Vorschlag des Präsidiums wird in Anlehnung an den § 3 (4) **StuPa-GO** wie folgt vorgegangen: Die beiden bestplatzierten werden zum dritten Wahlgang zugelassen. Da zwei Kandidaten zu wählen sind, wird diese Zahl angepasst und die vier besten Kandidaten treten in den dritten Wahlgang ein. Frank Schwochow und Christoph Mokwa scheiden somit aus.

Als Mitglieder der Sozialfondskommission wurden somit gewählt: **Francis Donfack** und **Abdel Amine Mohammed**. Gegen dieses Vorgehen legt Roy Kreuzer zu Protokoll gebend Protest ein.

Der in der Tagesordnung unter 8b aufgeführte Punkt über eine Abstimmung zur Aufwandsentschädigung entfällt ersatzlos, da die aus den Vorjahren gültige Beschlussformulierung zeitlich unbegrenzt ist. Anträge auf Änderung der Entschädigungshöhe liegen dem Präsidium nicht vor.

9) Initiativantrag zur Änderung der Zahlungsmodalitäten beim Semesterticketvertrag

Abstimmung über die Behandlung: **17-1-1** (angenommen). Der Antrag wurde vor der Sitzung per E-Mail versandt und ist so im Nachtrag zur Sitzung noch nicht enthalten. Er wird den Abgeordneten mündlich verlesen:

Antragssteller: AStA der Uni Potsdam.

Antragstext:

Das Studierendenparlament beschließt eine Änderung des neuen Semesterticketvertrages mit Gültigkeit von SS 2012 bis WS 2014 in §6 ("Abrechnung und Zahlungsmodalitäten") Abs. 2. Der neue Wortlaut ist wie folgt:

"Der beanspruchte Fahrgeldbetrag ist zu **70 von Hundert** zum Ende des zweiten Monats des Semesters fällig. Er wird bis zur endgültigen Abrechnung eines Semesters auf Basis der Studierendenzahlen des vorhergegangenen Jahres berechnet, sofern nicht eine aktuellere Statistik über die eingeschriebenen Studierenden vorliegt. Im Übrigen ist der Restbetrag zum **15. Oktober** für das zurückliegende Sommersemester und zum **15. April** für das zurückliegende Wintersemester fällig." Alle weiteren Bestandteile des Vertrages bleiben unverändert.

Begründung:

Die zu beschließende Änderung stellt eine Rückkehr zu der Regelung dar, wie sie auch im jetzt noch gültigen Semesterticketvertrag steht. Im neu ausgehandelten und abgestimmten Vertrag lautet der entsprechende Passus

"Der beanspruchte Fahrgeldbetrag ist zu **80 von Hundert** zum Ende des zweiten Monats des Semesters fällig. Er wird bis zur endgültigen Abrechnung eines Semesters auf Basis der Studierendenzahlen des vorhergegangenen Jahres berechnet, sofern nicht eine aktuellere Statistik über die eingeschriebenen Studierenden vorliegt. Im Übrigen ist der Restbetrag zum **15. Oktober** für das zurückliegende Sommersemester und zum **15. Mai** für das zurückliegende Wintersemester fällig."

Hintergrund der Änderung im Vertragsentwurf

Der um einen Monat spätere Stichtag für die Restbetragszahlung wurde in gemeinsamen Verhandlungen von Berliner Studierendenvertretungen gewünscht. Im Gegenzug verlangten die Verkehrsunternehmen eine erhöhte Teilzahlung zu Beginn des Semesters. Für Berliner ASten scheint dies vorteilhaft zu sein, für uns ist es jedoch sehr nachteilig. Zum Zeitpunkt der Vertragsaushandlung vor der Urabstimmung wurde diese Änderung ohne geprüft zu werden aus grober Unachtsamkeit angenommen. VBB und die Verkehrsunternehmen belassen es aber gerne bei der bisher geltenden, alten Regelung mit einer Abschlagszahlung von 70% und der Restbetragszahlung zum 15. April. Dies in einer schriftlichen Nebenabrede oder Vertragsänderung zum noch nicht unterzeichneten Vertrag zu klären lehnen sie allerdings ab.

Die 80/20-Regelung ist für die Potsdamer Studierendenschaft sehr unvorteilhaft. Mit dem derzeitigen (durch die S-Bahn-Erstattung von 23,83€ verringerten) Semesterticketpreis und den derzeitigen niedrigen Zinssätzen würde sie einen **Zinsverlust von über 1000€ pro Semester** bedeuten (gegenüber der bisherigen 70/30-Regelung). Mit steigendem Semesterticketpreis, steigenden Zinsen und steigenden Studierendenzahlen fiel der Zinsverlust noch größer aus. Über die gesamte Vertragsdauer von 6 Semestern gingen der Studierendenschaft Potsdams mit der 80/20-Regelung also *mindestens* 6000€ an Zinseinnahmen verloren. Der Betrag wird jedoch sehr wahrscheinlich höher ausfallen, es sei denn die Studierendenzahlen und Zinssätze sollten stark sinken. Die Annahme dieses Antrages bedeutet also einen Vorteil für Potsdamer Studierende, bei dem niemandem ein Schaden entsteht.

Es folgt eine kurze inhaltliche Vorstellung des Antrages durch Ansgar Seng. Es wird auf einen Zinsverlust i. H. v. rund 1000,00 € pro Jahr hingewiesen, wobei dieser Betrag durch steigende Studierendenzahlen tendenziell höher ausfallen würde.

Steve Kenner: Ist eine Vertragsänderung nachträglich noch möglich?

Ansgar Seng: Der Semsetrticketvertrag wurde noch nicht unterschrieben; Den Gesprächen ist zu entnehmen, dass dem VBB die genaue Regelung letztlich egal ist, dass man jedoch keine Änderung eines noch nicht unterschriebenen Vertrages wünscht. Der Vertrag müsste also nach der Unterzeichnung durch eine Änderungsklausel angepasst werden.

Steve Kenner: Gibt es einen unmittelbaren Bezug zu den Berliner Allgemeinen Studierendenausschüssen?

Ansgar Seng: Es ist kein inhaltlicher Bezug vorhanden, jedoch kam die Anregung zu einer Änderung des Vertrages aus Berlin.

Björn Ruberg: Wäre hier nicht ein doppelter Vorteil zu erreichen, soweit gleichzeitig eine Wiederherstellung des alten Zahlungstermins 15. Mai vorgenommen wird?

Ansgar Seng: Die Änderung unseres Zahlungsstichtages an den VBB vom 15. Mai auf den 15. April war in den Verhandlungen die Voraussetzung für die Senkung der Abschlagszahlung von 80 % auf 70 %.

Abstimmung über den Antrag: **19-0-1** (angenommen)

10) Haushaltsdebatte

Es folgt eine kurze Einführung in die wichtigsten Änderungen durch Alexander Gayko. (1) ‚Kleine Konten‘, welche lange keine Buchung auslösten, oder sich in große Töpfe einbauen ließen, wurden aufgelöst. (2) Es erfolgt eine Entnahme aus den Rücklagen. Hierbei wurden 35 Tausend Euro in den Einnahmentopf der Studierendenschaft überführt und sollen dem Projekt ‚Freiland-Kooperation‘ zugeführt werden.

10.1 Debatte über die Freiland-Kooperation

Franziska Neuhäuser: Zum Freiland-Projekt: Wofür genau sollen diese 35 T Euro aufgewendet werden und wie ist dabei genau dieser Betrag entstanden?

Benjamin Mosebach: Konkret für eine Soundanlage im *Spartakus* und die Einrichtung von Räumlichkeiten im Freiland. Diese Räume sollen der dem AStA und Kooperationspartnern als Raumentlastung zum überbelegten KuZe dienen. Dafür sollen überdies Übernachtungsmöglichkeiten bei längeren Seminaren geschaffen werden.

Jakob Weißinger: Die Amutation von 35 T Euro setzt eine sehr hohe Frequenz in der Nutzung voraus. Es sollte ein Kooperationsvertrag ausformuliert werden, auf dessen Grundlage das StuPa dann später über eine solch hohe Summe entscheiden kann.

Susanne Lühmann: Die Buchung des Betrages im Haushalt bedeutet noch nicht die konkrete Ausgabe der Gelder. Diese würde erst nach einem Kooperationsvertrag erfolgen.

Björn Ruberg: Dennoch ist eine exakte Beschreibung der Ausgabengrundlage im Haushalt nicht geregelt (Soundanlage/Einrichtungen). Das Studierendenparlament würde durch eine Absegnung dieses Entwurfes eine generelle Freigabe von 35 T Euro beschließen, ohne diese Gelder an konkrete Ausgaben zu binden. Hierzu ist ein vorheriger Kooperationsvertrag notwendig, der die Ausgabe der Gelder auf konkrete, vom StuPa abgesegnete, Projekte begrenzt.

Daneben sollte bei einer derart hohen Summe eine Rückkoppelung vereinbart werden, die festhält, welche Gegenleistungen konkret der Studierendenschaft zu Gute kommen.

Daniel Sittler: Eine Verwendung von 35 T Euro setzt bereits einen Beschluss des StuPa voraus, da der AStA nicht über die Freigabe von Geldern über 1.500,00 € Beschlüsse fassen kann. Das Ziel ist hier bereits im Haushalt ein Statement zu setzen, dass die Kooperationsbereitschaft des AStA mit dem Freiland unterstreicht. Ein nachträgliches ‚einschieben‘ in einen Nachtragshaushalt soll vermieden werden, was aber notwendig wäre, soweit ein Kooperationsvertrag zuerst auszuhandeln wäre.

Susanne Lühmann: Eine Rückkoppelung der Gelder an konkrete Leistungen ist auch bei anderen Projekten, welche vom AStA gefördert werden nicht gegeben. Die Gelder könnten vom Freiland nur für vorher beschlossene Projekte ausgegeben werden.

Roy Kreutzer: Ist die Entnahme aus den Rücklagen einmalig, oder müssten in den Folgejahren weitere Gelder für das Freiland entnommen werden? Würden die Anschaffungen (Soundanlage/Einrichtungen) im Eigentum des AStA verbleiben?

Alexander Gayko: Die Entnahme ist einmalig und alle Anschaffungen verbleiben im Eigentum der Studierendenschaft. Dies ist im Kooperationsvertrag zu regeln.

Steve Kenner: Ein Kooperationsvertrag mit dem Freiland fällt nicht in die Zuständigkeit des StuPa, sondern obliegt dem AStA und sollte daher hier kein Verhandlungsgegenstand sein.

Benjamin Mosebach: Die Nutzung der Räumlichkeiten im Spartakus sind für die Potsdamer Studierendenschaft einmalig, da gleichwertiges bislang nicht zur Verfügung steht. Die konkrete Ausgestaltung der Nutzung ist eine Sache der Verhandlungen mit dem Freiland. Allerdings sollte erst eine Legitimation der Verhandlungsaufnahme durch das StuPa erfolgen, bevor diese konkret aufgenommen werden.

Steffen Brumme: Die chronologische Vorgehensweise beim Freiland entspricht etwa jener des Sommerfestes und ist, mit Ausnahmen Einzelner, bislang Konsens.

Jakob Weißinger: Dieser Vergleich ‚zieht‘ hier nicht. Das Sommerfest ist ein ordinäres Projekt der Studierendenschaft, die Kooperation mit dem Freiland hingegen bezieht sich auf einen externen Verein. Auch zur Partizipation der Studierendenschaft in solchen Projekten, wie von Björn als ‚Rückkoppelung‘ angemerkt, gibt es Beispiele; Siehe hier UniSolar, wo die Studierendenschaft mit einer Stimme im Vorstand den konkreten Nutzen für die Studierenden sicherstellen kann. Nicht die Kooperation mit dem Freiland soll in Frage gestellt werden, sondern die Vorgehensweise (Absegnung vor konkreten Verträgen / fehlende schriftliche Bindung der Gelder an konkrete Projekte).

Die 35 T Euro für das Freiland sollten daher aus dem Haushalt entfernt werden und als separater Antrag dem StuPa vorgelegt werden.

Benjamin Mosebach: Die Pläne für die Unterstützung des Freiland sind bereits längere Zeit dem StuPa bekannt. Das Freiland hat eine lange Tradition der Jugendkultur und ist ein seriöser Partner, dem keine zwangsweise Partizipation durch die Studierendenvertreter auferlegt werden sollte.

Daniel Sittler: Eine Stückelung der Beträge a 1.500 Euro ist nochmal betont nicht möglich, da die Soundanlage diesen Betrag alleine bei weitem überschreitet.

Steffen Brumme: Überdies entsteht durch diesen Haushaltstitel weniger Druck durch die Universitätsleitung, da Rücklagen, wie im vergangenen Jahr gefordert, abgebaut werden. Ein finanzieller Vorteil für die Studierendenschaft steht bei diesem Projekt hier nicht im Vordergrund.

Roy Kreutzer: Stellt GO-Antrag auf Ende der Rednerliste [angenommen].

10.2 Debatte über den sonstigen Haushaltsentwurf

Patrick Gumprich: Was verbirgt sich inhaltlich hinter dem Posten Nebenkosten Geldverkehr? [Direkte Antwort von Alexander Gayko: Kosten für Kontenführung]. Patrick Gumprich: Äußert sein Missfallen über die Senkung des Vernetzungstopfes

Roland Gehrman: Ziel des Haushaltes war es die Kernaussgaben für Personal und Grundstrukturen durch laufende Einnahmen der Studierendenschaft zu decken; Dies war in den vergangenen Jahren nicht immer der Fall. Hierfür wurden andere Töpfe, wie etwa der für Vernetzung abgesenkt, auch wenn es sich hier um ‚schmerzlich-sensible‘ Kürzungen handelt.

Jakob Weißinger: Wohin gehen die Überschüsse aus dem Sozialfonds des vergangenen Jahres. Bei den Ausgaben für Rechtsbeistände sind diese noch näher in den Erläuterungen auszuformulieren und die Aufwandsentschädigung der AStA-Referenten sind noch die Studierendenzahlen nebst der Folgezahlen anzupassen.

Matthias Vernicke: Bei der Rechtsberatung handelt es sich primär um die Prüfungsrechtsberatung, bei der zwar bestimmte zeitliche Schwerpunkte erkennbar sind, jedoch klar wird, dass die bisherigen Beratungsstunden nicht ausreichen. Daher erfolgt im Haushalt eine Einstellung von Geldern für Rechtsberatungen auf Honorarbasis, um flexibel agieren zu können.

Daniel Sittler: Die Erhöhung der Rechtsberatung auf Honorarbasis ist von anderen Haushaltstiteln abgespart und stammt nicht aus den Rücklagen. Das Ziel ist es, dass die Größe des Beratungstopfes auch dem tatsächlichen Beratungsaufwand entsprechen soll.

Roy Kreutzer: Woher stammt die Erhöhung der Zinseinnahmen? Die noch ausstehenden Zahlungen aus der S-Bahn-Entschädigung werfen noch immer Zinsen ab, welche nicht der Studierendenschaft gehören; Wie gedenkt der AStA mit diesen Geldern zu verfahren?

Claudia Fortunato: Allgemein Rücklagen müssen per Entscheid des Landesrechnungshofes aufgelöst werden. Die Verwendung der freigeworfenen Mittel ist eine politische Entscheidung des AStA.

Daniel Sittler: Eine Klärung der Verwendung über die verbleibenden Gelder aus der S-Bahn-Entschädigung ist noch nicht erfolgt, folglich auch noch nicht über die Verwendung der daraus entstehenden Zinsen. Das diese Gelder nicht der Studierendenschaft gehören ist bekannt und wird nicht in Frage gestellt.

Roy Kreuzer: Das Sommerfest wurde mit 10 T Euro eingestellt. Was hat der Kommentar zu bedeuten, dass real nur 5 Tausend gebraucht werden?

Alexander Gayko: Es sind konservativ 10 T Euro eingestellt, da die Planung noch läuft und eventuelle Querfinanzierungen von Kooperationspartnern noch nicht fix stehen. Jede finanzielle Unterstützung von außen senkt aber den gebuchten Betrag i. H. v. 10 T Euro ab.

Steve Kenner: Stellt GO-Antrag, die Haushaltsdebatte in 10 Minuten zu schließen.

Steffen Brumme: Stellt GO-Antrag die Sitzung bis zum Ende des Punktes zur Haushaltsdebatte unbegrenzt zu verlängern.

Der Antrag vom Steffen Brumme wird mit 10 Ja-Stimmen als GO-Antrag abgelehnt. Das Parlament stimmt über den Antrag von Steve Kenner ab, welcher angenommen wird. Die Haushaltsdebatte ist um 22:35 zu schließen.

Björn Ruberg: Die neue, dritte, Stelle für das KuZe soll aus Rücklagen finanziert werden. Lediglich die Bildung von allgemeinen Rücklagen wird vom Landesrechnungshof negiert, die Bildung zweckgebundener Rücklagen ist möglich.

Jakob Weißinger: Warum wird die ausgeschriebene Administratorenstelle von 19 Stunden/Woche auf 2 Stellen aufgesplittet?

Benjamin Mosebach: Weil die Anforderungen an die Stelle so hoch liegen, dass es unattraktiv scheint, einen Bewerber zu finden, der die Qualifikationen erfüllt und dann nur 19 Stunden/Woche arbeiten würde. Die Möglichkeit der Aufsplittung auf 2 Stellen als Nebenjob erscheint so sinnvoll.

Steffen Brumme: Der reale Arbeitsaufwand der Stelle wurde mit dem jetzigen Stelleninhaber besprochen und liegt höher als bislang angesetzt, daher erfolgte eine Erhöhung von 15 auf 19 Stunden/Woche, was die Suche nach nur einem Stelleninhaber wie von Benjamin beschrieben noch schwieriger macht.

Die Debatte über den Haushalt wird gemäß GO-Antrag geschlossen.

10.3 Änderungsantrag zum Haushalt von Jakob Weißinger:

„Streiche den Posten 35201 <Rücklagenabbau Freiland-Kooperation>, sowie XA502 <Kooperation Freiland> aus dem Haushalt der Studierendenschaft. Das Studierendenparlament der Universität Potsdam erklärt seinen Willen, eine Kooperation zwischen der Studierendenschaft und dem Freiland anzustreben. Hierzu soll gemeinsam ein Kooperationsvertrag erarbeitet werden, der auch eine signifikante finanzielle Förderung des Freilands beinhaltet.“

Abstimmung über den Änderungsantrag: **6-14-0** (abgelehnt)

Auf Antrag der LHG erfolgt die nachfolgende Abstimmung über den Haushalt geheim.

Abstimmung über den Haushalt für die Legislatur 2011/2012: **14-5-1** (angenommen)

11) Sonstiges

Roy Kreuzer: Persönliche Erklärung: Formale Kriterien werden im Haushalt nicht erfüllt. Die Leistung der Universität wird so keine Genehmigung des Haushaltes aussprechen.

Ende der Sitzung: 22:50 Uhr